

antwortlichen und Entscheidenden. Das ist der Genossenschaftsgedanke. Aber nicht akzeptieren kann ich, daß die Grenzlinie zwischen Nähe und Ferne allein zwischen privat und öffentlich verlaufen soll. Es gibt durchaus Möglichkeit, im öffentlichen Bereich Einrichtungen so zu organisieren, daß sie wenigstens dieselbe Nähe bieten, wie es den freien – in Ihrem Fall kirchlichen – Trägern möglich ist. Und es gibt auch dort Bürokratie und un gute Distanz zwischen Betroffenen und Entscheidenden, auch das gehört zur Wahrheit.

„Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß man Selbstverantwortung durch Strafandrohung stärkt“

HK: Herr Dr. Vogel, Ihre Partei hat sehr resolut den § 218 StGB in den Wahlkampf getragen. Das war eigenartig, schon weil mit einer neuerlichen Reform im Ernst nicht zu rechnen war. Aber was verspricht sich die SPD von der Verteidigung der jetzigen Regelung? Unser zivilisatorisches Niveau ist inzwischen doch so, daß selbst dem Bürger aus sozial schwächeren Schichten die Eigenverantwortung auch über die Folgen dessen, was sie als Eheleute oder Geschlechtspartner tun, zugemutet werden kann, ohne daß durch Strafrechtserleichterungen nachgeholfen werden muß. Auch Strafrechtserleichterungen – Einvernehmlichkeit über das Rechtsgut vorausgesetzt – können die Selbstverantwortlichkeit des Subjekts schwächen helfen ...

Vogel: Ich halte es zunächst einmal für einen Irrtum, zu sagen oder zu glauben, daß man die Selbstverantwortung durch Strafandrohung stärkt ...

HK: Ich vermute, der Widerspruch ist nur scheinbar ...

Vogel: Aber Sie haben mich gefragt und ich halte das für einen Irrtum. Und ich halte auch dafür, daß die Kirche

selber von der Inanspruchnahme des weltlichen Arms zur Durchsetzung ethischer und moralischer Vorstellungen immer weiter abgekommen ist. Wenn man bedenkt, daß im Mittelalter schon ein Glaubenswechsel den Ruf nach dem staatlichen Arm ausgelöst hat, dann sieht man, wie weit die Kirche hier fortgeschritten ist. Aber zur Frage § 218 und Wahlkampf: Eine Aussage dazu war notwendig. Ich bin unverändert davon überzeugt, daß die heutige Regelung die Chancen für das ungeborene Leben gegenüber dem Zustand, den wir vor der Reform hatten, verbessert. Ich habe keine Bedenken, das auch anzusprechen. Im übrigen stelle ich heute fest, daß es in all diesen Fragen ungeachtet schärfster Polemik zwischen der Union und uns keinen essentiellen Unterschied gibt. Auch die Union erklärt, daß an dieser Reform nichts geändert wird.

HK: Das war auch schon zu Wahlkampfzeiten so, und es gab in all der Zeit nie eine denkbare Konstellation, die eine neuerliche Änderung wirklich hätte durchsetzen können ...

Vogel: Das ändert nichts daran, daß wir wegen der Reform wütenden Angriffen ausgesetzt waren. Aber lassen wir das. Ich meine, hilfreicher als neuerliche Gesetzesänderungen wird es für den Schutz der Ungeborenen sein, wenn das System der Hilfen, der Beratung erweitert und das Gefühl für die richtige Gestaltung des eigenen Lebens gestärkt wird.

HK: Damit wird die Union zufrieden sein, aber nicht die Kirche, obwohl sie in der Intention sicher mit Ihnen übereinstimmt.

Vogel: Die Zahl der Felder, Herr Seeber, in denen die Nähe zwischen Äußerungen der Kirche und unserer Politik größer ist als die Nähe zwischen den Äußerungen der Kirche und denen der Union, hat inzwischen deutlich zugenommen. Natürlich bleiben aber auch noch einige kontroverse Felder.

Intervention als schlechteste Lösung

Zur Mittelamerika-Politik der USA

Die derzeitige Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten ist, sowohl was das Konzept und die Möglichkeiten, es in die Tat umzusetzen, als auch die bisher geschaffenen Fakten angeht, wenig überzeugend. Der Wille zur „Politik der Stärke“, mit dem Präsident *Ronald Reagan* die amerikanischen Wähler 1980 überzeugen konnte, scheint in den großen außenpolitischen Fragen ungebrochen; seine Mittelamerika-Politik jedoch wird weder vom Kongreß noch von der amerikanischen Öffentlichkeit mitgetragen. Als Reagan am 27. April zu der ungewöhnlichen Maßnahme griff und vor beiden Häusern des Kongresses in einer vom Fernsehen landesweit übertragenen Rede seine Mittelamerika-Politik erläuterte, verließ er die nach dem amerikanischen Präsidialsystem weitgesteckte

Ebene politischen Handelns und trat mit beschwörenden Appellen vor das amerikanische Volk und seine Vertreter. Das war ein offenes Eingeständnis politischer Ohnmacht und der angestrenzte Versuch, auf spektakuläre Weise etwas mehr Handlungsfreiheit zur Durchsetzung seiner Politik zu gewinnen. Die Kontroverse zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß entzündete sich an dem Antrag des Präsidenten, die Militärhilfe für El Salvador im laufenden Haushaltsjahr von 26,3 Millionen auf 110 Millionen US-Dollar zu erhöhen. Für das kommende Haushaltsjahr beantragte seine Administration 600 Millionen Dollar (für den gesamten mittelamerikanischen Raum).

Die ohnehin schwache Unterstützung des Kongresses für

die indirekte militärische Intervention der USA zugunsten der Regierung El Salvadors, zu der außer Waffenhilfe auch ein Truppenausbildungsprogramm gehört, war mit den Aussichten geschwunden, die aus den Wahlen im März 1982 hervorgegangene Regierung Magaña erreiche ein baldiges Ende des Bürgerkrieges. Kurz vor der angekündigten Rede des Präsidenten gab ein Bewilligungsausschuß des Kongresses bereits früher zugesagte 30 Millionen Dollar Militärhilfe frei, nachdem Außenminister Shultz eine Reihe von Zugeständnissen abgerungen worden waren: die Ernennung eines Sonderbotschafters mit dem Auftrag, in El Salvador Wege ebnen zu helfen für eine Gesprächsbasis der Regierung „mit ihren Gegnern über die Voraussetzungen und Bedingungen freier, fairer und sicherer Wahlen“. Verhandlungen über eine Teilung der Macht in El Salvador werde Washington allerdings nicht befürworten. Shultz versprach außerdem Bemühungen um eine Öffnung der Gefängnisse und Lager für unangemeldete Inspektionen internationaler Organisationen und um die Freilassung politischer Häftlinge.

Der Kongreß sperrt sich

Die Spannungen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament verschärften sich zu diesem Zeitpunkt noch durch die Diskussion (in beiden Häusern des Kongresses) um Zulässigkeit geheimdienstlicher Aktivitäten gegen das Sandinisten-Regime in Nicaragua. Wenige Tage nach der Rede des Präsidenten stimmte der Geheimdienst-Ausschuß des Repräsentantenhauses gegen die verdeckte amerikanische Unterstützung der nicaraguanischen Regimegegner und für die Streichung der Gelder, die dem Geheimdienst CIA dafür zufließen. Jetzt hofft Präsident Reagan, daß der Senat die Mittel für die CIA bewilligt (nach offizieller Darstellung sollen die CIA-Aktivitäten in Nicaragua lediglich den Waffennachschub für die Aufständischen in El Salvador unterbinden; die CIA unterstütze nicht, wie allgemein angenommen wird, den Kampf antisandinistischer Truppen im Norden Nicaraguas). Mitte Mai gab das nicaraguanische Außenministerium bekannt, daß die amerikanische Regierung die Zuckerimporte aus Nicaragua ab 1. Oktober um 88 Prozent auf 6000 Tonnen jährlich senken wird.

Anfang des Monats hatte der zuständige Ausschuß im Repräsentantenhaus weitere 50 Millionen Dollar, die das Weiße Haus für Militärhilfe für El Salvador beantragt hatte, mit der Begründung zurückgestellt, man wolle erst abwarten, bis die Suche nach einer politischen Lösung des Bürgerkriegs sichtbare Erfolge zeigt. Als sich Mitte Mai auch der außenpolitische Ausschuß des Senats für eine Aussetzung der Militärhilfe an El Salvador aussprach, bis die salvadorianische Regierung die rechtsgerichteten paramilitärischen Kommandos wirksam zu bekämpfen verspreche, entschloß sich der außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses zu einem aufsehenerregenden Schritt, der den amerikanischen Präsidenten in eine Situation trieb, die er selbst gar nicht in Betracht gezogen hatte:

der Ausschuß sprach sich für eine *Streichung der Militärhilfe* an El Salvador für den Fall aus, daß die Regierung dieses Landes nicht binnen 90 Tagen Verhandlungen mit der Guerilla über eine Einstellung der Kämpfe aufnimmt und eine bessere Beachtung der Menschenrechte garantiert. Ein entsprechender Gesetzentwurf fordert Präsident Reagan auf, die Erfüllung dieser Forderungen zu bestätigen, wenn er weitere Militärhilfe wünscht. Gegen die Bestätigung des Präsidenten kann der Kongreß sein Veto einlegen und die Mittel für El Salvador innerhalb von 30 Tagen stoppen. Abgeordnete der demokratischen Opposition hatten den Vorschlag, weitere Militärhilfe von der Verhandlungsbereitschaft der Regierung in San Salvador abhängig zu machen, mehrfach ohne Erfolg in die Diskussion gebracht. Das Weiße Haus stützte bisher den Standpunkt der Regierung Magaña, das wiederholte Verhandlungsangebot der Guerilla-Organisation sei nicht mehr als ein geschickter Ablenkungsversuch zur Stärkung ihrer militärischen Schlagkraft.

Reagan-Politik nur noch begrenzt durchsetzbar

Im Februar berichtete die „Washington Post“ dann über ein Arbeitspapier des Leiters der Lateinamerika-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, *Enders*, das im Gegensatz zur offiziellen Position der Regierung eine zweigleisige Strategie empfiehlt: amerikanische Militärhilfe für die Armee El Salvadors und wohlwollende Unterstützung einer Verhandlungslösung durch die Vermittlung anderer lateinamerikanischer Länder oder auch Spaniens. Während Außenminister Shultz vermutlich diesem, nach Kriterien der Regierung „weichen Kurs“ zuneigt, raten der Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Clark, sowie die Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, *Jeanne Kirkpatrick*, von Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien strikt ab.

Daß der amerikanische Präsident seine Mittelamerika-Politik nur noch in geringem Umfang durchzusetzen imstande ist, liegt zum einen daran, daß sie vom Parlament nicht genügend mitgetragen wird. (Seit dem Amtsantritt Reagans hat der Kongreß mehr als 600 Millionen Dollar für Militär- und Wirtschaftshilfe in Mittelamerika bewilligt – in dieser Zeit hat sich nicht nur nach Meinung der Abgeordneten die Lage in diesen Ländern weder unter politischen noch unter sozialen Gesichtspunkten spürbar verbessert). Zum anderen hat sich gezeigt, daß diese Politik *von der Mehrheit der Amerikaner nicht verstanden* wird, also unpopulär ist. (Nach einer vor der Reagan-Rede durchgeführten Umfrage hielten nur 26 Prozent der Amerikaner die Politik gegenüber El Salvador für „moralisch legitim“; nicht einmal jeder zweite Amerikaner glaubt, daß in El Salvador die Sicherheitsinteressen der USA auf dem Spiel stehen.)

Auf welchem ideologischen und machtpolitischen Hintergrund diese Politik zu sehen ist, läßt die große *Fernsehrede* Präsident Reagans deutlich erkennen. Die erste Feststellung darin lautete: „Die Probleme Mittelamerikas betref-

fen direkt die Sicherheit und das Wohlergehen unseres eigenen Volkes“ (zitiert nach „Amerika-Dienst, Dokumentation“, 4. 4. 83 der US-Botschaft in der Bundesrepublik). Die zweite Feststellung betrifft die „strategische Bedeutung Mittelamerikas, das an die Karibik grenzt, unsere Lebensader zur Außenwelt“ in außen- und energiewirtschaftlicher sowie sicherheitspolitischer und militärischer Hinsicht. Den größeren Teil der Rede nimmt eine Situationsbeschreibung der Krisenländer El Salvador und Nicaragua ein; der Schlußteil enthält das politische Programm des Präsidenten und die Appelle um Unterstützung seiner Politik.

Dieses Programm enthält *zwei Schwerpunkte*, deren historisches Spannungsverhältnis zueinander der Präsident wohl bewußt ausklammerte: die amerikanischen Sicherheitsinteressen und das amerikanische Engagement für Freiheit und Demokratie in Mittelamerika. Präsident Reagan sieht Amerika bedroht durch einen eventuellen „kommunistischen Sieg“ der „Guerilla-Banden und Stadt-Terroristen“ in El Salvador. Der ausbleibende Sieg der Guerilla – so Reagan – sei ein Beweis dafür, „daß die Demokratie nicht so leicht besiegt werden kann“. Während die Menschenrechts-Kommission in El Salvador wie die katholische Kirche des Landes davon ausgehen, daß die große Mehrheit der getöteten Zivilisten Opfer rechts-extremer militärischer und paramilitärischer Truppen sind, schildert Reagan die Grausamkeiten des Guerilla-Kampfes über mehrere Manuskriptseiten und konzediert – bezüglich der anderen Seite – lediglich in allgemeiner Form: „Ja, noch gibt es große Probleme hinsichtlich der Menschenrechte, hinsichtlich des Systems der Rechtsprechung und der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung.“ Ein Hinweis darauf, daß die USA auf eine Lösung dieser „Probleme“ dringt, fehlt. Mit einiger Berechtigung sagte Reagan, El Salvador habe seine Bemühungen „um die Schaffung einer geordneten und demokratischen Gesellschaft fortgesetzt“. Die Ursachen für die ruinöse Wirtschaftslage des Landes sieht er allerdings nur in der allgemeinen Rezession und der „mutwilligen Sabotage“ durch die Guerilla.

An Entsendung von Truppen nicht gedacht

Eine weitere Bedrohung der amerikanischen Sicherheit sieht Präsident Reagan in der „Diktatur“ der Sandinisten in Nicaragua (das Somoza-Regime nennt er „autoritär“). Wie in der Situationsschilderung über *El Salvador* beschreibt er die Zustände in *Nicaragua* ebenso unkorrekt wie einseitig. So behauptet er – wider besseres Wissen –, daß unter den Gegnern des Sandinisten-Regimes „keine hartnäckigen Anhänger des früheren Somoza-Regimes“ seien. (Dabei bedauern amerikanische Regierungskreise die Uneinigkeit der antisandinistischen Opposition, die auch daher rührt, daß sich die enttäuschten ehemaligen Sandinisten nicht in Kampfeinheiten wiederfinden wollen, die von Offizieren der Nationalgarde Somozas befehligt werden.)

Die von Honduras und Costa Rica aus operierenden antisandinistischen Gruppen hat Reagan inzwischen öffentlich als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet, für deren offene Unterstützung er eintrete (ap 5. 5. 83). In seiner Rede vom 27. April hatte es noch geheißen: „Wir wollen nicht ihren (der Regierung von Nicaragua) Sturz. Wir wollen sicherstellen, daß sie ihre Nachbarn nicht durch den Export von Subversion und Gewalt ansteckt...“ Aber: „Wir wollen nicht – und wir werden nicht – die nicaraguanische Regierung vor dem Zorn ihres eigenen Volkes schützen.“ Die Feststellung Reagans, Honduras werde von Nicaragua bedroht und nicht umgekehrt, mutet nach dem offenen Ausbruch der Kämpfe zwischen der sandinistischen Armee und antisandinistischen Truppen an der Grenze zu Honduras etwas eigenartig an (Honduras erhielt 1982 31,3 Millionen Dollar Militärhilfe, das Zehnfache im Vergleich zu 1980; die US-Mission in Tegucigalpa ist nach einer Meldung des Miami Herald [20. 3. 82] die größte zwischen Mexiko und Brasilien. Sie zählt insgesamt 147 Zivilisten und 97 Militärberater).

„Angesichts dieser Herausforderung für Frieden und Sicherheit in unserer eigenen Hemisphäre“ stellt der amerikanische Präsident in seiner Rede die rhetorische Frage: „Sind Demokratien dazu aufgefordert, passiv zu bleiben, während die Bedrohungen ihrer Sicherheit und ihres Wohlstandes sich häufen? Müssen wir die Destabilisierung einer ganzen Region vom Panama-Kanal bis nach Mexiko und zu unserer südlichen Grenze einfach hinnehmen? Müssen wir einfach zusehen, während unabhängige Staaten dieser Hemisphäre in das aggressivste Imperium einbezogen werden, das die moderne Welt kennt?“ Was Präsident Reagan für „ein lebenswichtiges Interesse, eine moralische Pflicht und eine feierliche Verantwortung“ hält, bezieht sich sowohl auf die globale verteidigungspolitische Motivation („Wenn Mittelamerika fällt, was wären dann die Folgen für unsere Stellung in Asien und in Europa und für Bündnisse wie die NATO?“) wie auf den moralischen Anspruch der Amerikaner als Führungsmacht der westlichen Welt, Freiheit und Demokratie zu schützen („Als Antwort auf Jahrzehnte der Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit werden wir Demokratie, Reform und menschliche Freiheit unterstützen“). Zu diesem Zweck bittet der Präsident um die Bewilligung der beantragten 600 Millionen Dollar für 1984. Schließlich verspricht Reagan, an eine *Entsendung amerikanischer Truppen* nach Mittelamerika sei nicht gedacht; er werde alle „verifizierbaren“ Abkommen über den Abzug von militärischen Beratern und Truppen sowie über den Verzicht auf Hilfeleistung für Aufständische auf Nachbarterritorien unterstützen.

Die politischen Fakten der vergangenen Monate und die Aussagen der amerikanischen Regierung zu Mittelamerika zusammengenommen ergeben ein politisches Konzept voller Kompromisse, nicht oder kaum zu verwirklichender Absichten auf dem geistigen Hintergrund typisch amerikanischer Selbstgewißheit, was den Auftrag und die Verantwortung vor der Weltgeschichte angeht – also ei-

gentlich kein Konzept. Dem Auftreten der USA gegenüber den mittelamerikanischen Ländern fehlt das Mindestmaß an Konsequenz, das für den politischen Erfolg notwendig ist. Nach einer Expertenstudie für das amerikanische Verteidigungsministerium haben die Vereinigten Staaten in El Salvador denn auch nur die Wahl zwischen der Eskalation, die direktes militärisches Eingreifen bedeuten würde, oder dem Abbruch des Engagements, das vermutlich zu einem Putsch der Rechtskräfte und damit zu einer blutigeren und grausameren, aber ebenfalls wirksameren Bekämpfung der Guerilla führen würde.

Auf das Ost-West-Schema fixiert?

Unter dem Druck der Opposition, der öffentlichen Meinung und möglicherweise eigener Bedenken sucht Präsident Reagan nach einem *dritten Weg* zwischen den Extremen. In El Salvador bewirkte das begrenzte amerikanische Engagement in den vergangenen drei Jahren lediglich, daß die Guerilla nicht siegen konnte und der Bürgerkrieg andauerte. Das Dilemma der salvadorianischen Regierung, mit einem schärferen Vorgehen gegen Rechtsextremisten zwangsläufig auch die Kampfkraft der Armee zu schwächen, hält wohl auch den amerikanischen Präsidenten davon ab, die wirksame Bekämpfung der paramilitärischen Mordkommandos zur Vorbedingung weiterer Hilfe zu machen. So verschaffe die Mittelamerika-Politik Reagans „der terroristischen Rechten Vertrauen, was zur Motivierung und Stärkung der terroristischen Linken führt“, wie es in einem Bericht demokratischer Abgeordneter vom Dezember 1982 hieß. Dies trage zu weiterer Gewaltanwendung bei und entmutige und verbittere all jene, die ernsthaft dem Frieden und der Demokratie in Mittelamerika verpflichtet seien.

Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten fest davon überzeugt ist, daß in Zentralamerika *vitale Interessen* auf dem Spiel stehen, mag und kann sie ihr notwendig erscheinende direkte Interventionen oder „destabilisierende Maßnahmen“ nicht offen vertreten. Die ständige Verflechtung der Sicherheitsinteressen mit dem Engagement für Demokratie und Freiheit in Mittelamerika macht diese Politik aber doppelt anfechtbar: Im, wie es heißt, ersten Exklusivinterview einer deutschen Illustrierten mit dem amerikanischen Präsidenten sagte Reagan: „In Lateinamerika arbeiten wir mit den Demokratien zusammen, um die Bürde der Armut von ihnen zu nehmen und die soziale Entwicklung zu fördern, die so wichtig ist für Fortschritt und Stabilität“ („Bunte“ 11. 5. 83). In seiner Fernsehrede argumentierte Präsident Reagan: Die Verhinderung des kommunistischen Sieges mit amerikanischer Hilfe bringe Mittelamerika den „Fortschritt“.

Auch diese in einen logischen Zusammenhang gestellte Behauptung ist unbewiesen und in die Zukunft gesprochen. Von der Vergangenheit amerikanischer Mittelamerika-Politik schweigt Präsident Reagan. Sie ist ruhmlos unter anderem deshalb, weil amerikanische Sicherheits-

und Wirtschaftsinteressen so gut wie nie von Demokratisierungshilfen und sozialem Engagement begleitet wurden. Daß Präsident Reagan die Geschichte amerikanischer Interventionen in Zentralamerika nicht zitiert, ist verständlich, daß er sie in seiner politischen Konzeption außer acht läßt, führt zur Fortsetzung einer verfehlten Latein- bzw. Mittelamerika-Politik. Dazu gehört vor allem die Einordnung aller Mittelamerika betreffenden politischen Daten in das *ideologisch und machtpolitisch fixierte Ost-West-Schema*.

Die schwach ausgebildete politische Kultur der mittelamerikanischen Staaten zeichnet sich durch die zentrale Bedeutung der Streitkräfte und einer Vorliebe der politisch bewußten Eliten zu personalistischen Machtentscheidungen unter Mißachtung von Recht und Gesetz aus. Jahrzehntlang haben die Vereinigten Staaten sich diese Schwäche zunutze gemacht und in den Diktatoren und Armeen Mittelamerikas Verbündete gegen den Kommunismus gesehen. Diese Verbündeten dürften die einzigen sein, die heute noch der unermüdlich propagierten These der amerikanischen Regierung glauben, der sowjetisch-kubanische Expansionismus sei die Ursache für die Unruhe in Mittelamerika. „Gäbe es in Zentralamerika keine Armut, keinen Hunger, keine Ungerechtigkeit und kein Elend, so gäbe es auch keinen Nährboden für sowjetische oder kubanische Aktivitäten“, sagte der amerikanische Senator *Christopher Dodd* in der Entgegnung der Demokratischen Partei auf die Rede des Präsidenten. Dodd vertrat die Meinung, die USA müßten ihr politisches Gewicht in Zentralamerika geltend machen und auf einem sofortigen Waffenstillstand in El Salvador und Verhandlungen der Bürgerkriegs-Parteien bestehen. „Wir müssen mit der Geschichte gehen, statt uns gegen sie zu stellen. Wir können den Weg militärischer Intervention weiterverfolgen, von dem wir allerdings nicht wissen, wohin er uns führt. Eines ist jedoch sicher: Je weiter wir ihn gehen, desto mehr Gewalt, Blutvergießen und Haß wird es geben“ (zit. nach „Le Monde“ 29. 4. 83).

Die *Einordnung des Nord-Süd-Konflikts in die übergeordnete Kategorie des Ost-West-Konflikts*, wie die amerikanische Regierung sie offenbar für notwendig und richtig hält, hat mit dazu beigetragen, daß die Vereinigten Staaten für die reformistischen, demokratisch orientierten Kräfte in ganz Lateinamerika den moralischen Anspruch als Führungsmacht der freien Welt eingebüßt haben. Die gemäßigten Kräfte waren die Verlierer, wenn die USA sie unterdrückende Diktaturen bis zu ihrem Zusammenbruch stützten und dadurch die Bevölkerung Linksrevolutionären geradezu in die Arme trieben. Bei dieser Politik bleiben die gemäßigten Kräfte zwangsläufig auf der Strecke, und die Entwicklung in den betroffenen Ländern – das gilt heute für die mittelamerikanischen Länder El Salvador und Nicaragua, aber auch für Guatemala und Honduras – wird nicht, wie Präsident Reagan verspricht, gefördert, sondern behindert. Die Vernachlässigung der demokratisch orientierten Kräfte in Mittel- und ganz Lateinamerika führt also dazu, daß das alternative Denkmodell Ost-West, antikommunistische Rechtsdik-

tatur-prokommunistische Linksdiktatur, wieder stimmt, weil es – im wesentlichen von den Vereinigten Staaten – machtpolitisch herbeigeführt worden ist.

Europäer mehr und mehr gefordert

In Lateinamerika wie in Europa findet die *interventionistische Politik* der USA wenig Verständnis. Die Völker Mittelamerikas haben die Amerikaner nicht gerufen, auch die unter dem Bürgerkrieg ausblutende Bevölkerung El Salvadors nicht. Möglicherweise zwingt die fehlende innere und äußere Unterstützung seiner Politik den amerikanischen Präsidenten zu einer *Kurskorrektur*; die Befürwortung von „Verhandlungen unter bestimmten Voraussetzungen“ in El Salvador könnte ein Anzeichen dafür sein. Der amerikanische Diplomat und Kuba-Experte, *Wayne Smith*, der seit seinem Rücktritt als Leiter der US-Vertretung in Havanna im Sommer vergangenen Jahres die Mittelamerika-Politik Präsident Reagans öffentlich kritisiert, warnte kürzlich die amerikanische Regierung vor dem Versuch, Nicaragua auch noch von *westeuropäischer Hilfe* zu isolieren. Statt dessen sollten die Amerikaner die bestehenden europäischen Kontakte für eine diplomatische Lösung des Konflikts nützen. Indessen forderte Unterstaatssekretär *Ikle* vom amerikanischen Verteidigungsministerium vor westeuropäischen Journalisten mehr Verständnis für die amerikanische Mittelamerika-Politik. Eine *vierte Front* an der Südgrenze der USA könne eine Umorientierung der Streitkräfte und damit eine Schwä-

chung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft in Europa zur Folge haben. *Ikle* hofft, daß die Bundesrepublik nach dem Regierungswechsel in Bonn die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten moralisch stärker stützen werde.

Bisher hat die Bundesregierung in dieser Frage Zurückhaltung geübt. Eine unkritische Ausweitung der Bündnistreue auf zentralamerikanisches Territorium wäre wohl ebenso falsch wie eine dezidiert antiamerikanische Mittelamerika-Politik. Bei der Beurteilung der politischen Lage in diesem Raum ist zu bedenken, daß die Existenz einer kommunistischen Herausforderung in Mittelamerika nicht nur den Expansionswillen der Sowjetunion beweist, sondern auch das Versagen der demokratischen Länder des Westens (siehe dazu auch Bernd Eisenblätter: „Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik“ in IIS-Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 29. 3. 83). Das angesichts der schwindenden Glaubwürdigkeit der USA in Lateinamerika entstehende *Vakuum* sollten, so meinen maßgebliche Politiker in Mexiko, Venezuela und anderen Ländern des Subkontinents, die westeuropäischen Länder zu füllen versuchen, bevor andere dies tun. Für die derzeitigen amerikanischen Aussichten in El Salvador trifft die Überzeugung der amerikanischen UN-Botschafterin *Kirkpatrick*, Geschützte könne man nicht mit einer Landreform besiegen, vermutlich zu. Aus europäischer Sicht muß diese amerikanische Binsenwahrheit nicht einleuchten.

Gabriele Burchardt

Koexistenz im Schatten einer autoritären Demokratie

Die Religionsgemeinschaften in Thailand

Die Tatsache, daß sich unter den von Johannes Paul II. im Februar 1983 ernannten Kardinälen Erzbischof *Michai Kitbunchu* von Bangkok befindet, ist in mehrfacher Hinsicht von Gewicht. Sie bedeutet zunächst einmal die Aufwertung einer zahlenmäßig kleinen katholischen Gemeinschaft, die sich nicht zuletzt dank des Engagements der neuen Generation einheimischer Oberhirten im Aufschwung befindet. Darüber hinaus hat die katholische Kirche Thailands aber auch in gewisser Hinsicht Modellcharakter – sie lebt im Schnittpunkt asiatischer Kulturen und in unmittelbarer Nachbarschaft zu kommunistischen Staaten in relativ guter Harmonie sowohl mit anderen Religionsgemeinschaften als auch mit dem Staat. Dieses auf gegenseitiger Toleranz und politischer Zurückhaltung der Kirche beruhende positive Verhältnis wurde erneut deutlich, als der stellvertretende Ministerpräsident General *Prachuab Suntharangkul* die Ernennung Kardinal Michais als eine große Ehre nicht nur für die Christen, sondern für alle Einwohner Thailands bezeichnete (vgl. UCA News, 9. 2. 83).

Die katholische Kirche

Die ersten katholischen Priester kamen 1511 im Gefolge einer portugiesischen Gesandtschaft nach Thailand, doch die eigentliche Mission setzte 1555 mit der Ankunft zweier Dominikaner ein. Bald gab es eine kleine katholische Gemeinde, die allerdings öfter Verfolgungen ausgesetzt war. Im 19. Jahrhundert stabilisierten sich die Verhältnisse, zumal das Königshaus die Arbeit der Kirche wohlwollend durch manche Schenkung unterstützte. So sind die Anfänge des thailändischen Schulwesens eng mit der Tätigkeit von Missionaren verknüpft; das erste in Thailand gedruckte Buch ist ein 1796 von einem Jesuiten herausgegebener Katechismus.

Heute zählt die katholische Kirche Thailands in zehn Diözesen annähernd 200 000 Gläubige, was bei fast 50 Millionen Einwohnern einem Anteil von 0,4% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Den protestantischen Kirchen gehören dagegen nur etwa 50 000 Christen an (die weitaus bedeutendste ist die *Kirche Christi in Thai-*